

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5489 –**

Aus- und Weiterbildung stärken, Abbrüche verringern, Erfolgsquoten erhöhen

A. Problem

Der Berufsbildungsbericht 2011 macht deutlich, dass das deutsche Ausbildungssystem nach wie vor gravierende Mängel aufweist. Trotz einer leichten Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kamen 2010 nur 89,9 unbesetzte Ausbildungsstellen auf 100 als „ausbildungsreif“ geltende Jugendliche. Darüber hinaus ist in den letzten Jahren die Bindungskraft der traditionellen Ausbildung im dualen System gesunken, weil ein konstanter Anteil von ca. einem Drittel aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger den Einstieg in die duale Ausbildung nicht finden. Zwar werden diese zum Großteil mit öffentlich finanzierten Alternativenangeboten versorgt, die einen mehr oder weniger großen Bildungsanteil haben, doch verschließen diese Angebote den jungen Menschen viel zu häufig die Tür zu einem qualifizierten Abschluss. Auch eine Auswertung des aktuellen Berufsbildungsberichtes macht deutlich, dass es in Deutschland nach wie vor keinen chancengerechten Zugang zum Ausbildungsmarkt für alle Jugendlichen gibt.

B. Lösung

Die Bundesregierung muss Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung im weitesten Sinne ergreifen und dabei ressortunabhängig tätig werden. Die Arbeitsmarktpolitik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales muss darauf ausgerichtet werden, Ausbildungssuchenden auch tatsächlich Ausbildung zu vermitteln und nicht nur in Beschäftigung zu bringen. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Sprachförderung für junge Migrantinnen und Migranten sowie Maßnahmen zur Nachqualifikation der unter 30-Jährigen ohne Berufsabschluss. Weitere Maßnahmen, wie die Unterstützung der Weiterbildung und einer angestrebten Modularisierung der Berufsausbildung, müssen weiter verfolgt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5489 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Heiner Kamp
Berichterstatter

Agnes Alpers
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Heiner Kamp, Agnes Alpers und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5489** in seiner 106. Sitzung am 15. April 2011 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt nach Analyse des Berufsbildungsberichtes 2011 fest, dass das deutsche Ausbildungssystem nach wie vor gravierende Mängel aufweise. So habe es für 100 als „ausbildungsreif“ geltende Jugendliche im Jahr 2010 nur 89,9 unbesetzte Ausbildungsstellen gegeben. Besonders große Probleme hätten Jugendliche mit Migrationshintergrund, die es ungleich schwerer hätten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Hier müsse die Sprachförderung kontinuierlich über die ganze Bildungsbiographie hinweg gefördert werden. Um dies auch während einer beruflichen Ausbildung leisten zu können, böten die überbetrieblichen Ausbildungsstätten den geeigneten Rahmen.

Um alle Potentiale der Menschen auszuschöpfen, müsse die Weiterbildung gesellschaftlich besser verankert werden. Hierfür seien gute Rahmenbedingungen für die Weiterbildung und eine verbesserte Durchlässigkeit des Bildungssystems insbesondere für Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund, Geringqualifizierte, Frauen nach der Familienphase notwendig. Ziel müsse es sein, die Bindungskraft der betrieblichen Ausbildung wieder zu steigern, die, wie der Berufsbildungsbericht 2011 zeige, in letzter Zeit gesunken sei. Es dürfe nicht Ziel sein, die Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss verlassen, nur „auf Beschäftigungen“ zu bringen, da ihnen so oft nur der Übergang zu einer unqualifizierten, schlechtbezahlten und kaum zukunftsfesten Beschäftigung ermöglicht werde. Hingegen sei es sinnvoll, den jungen Leuten gegebenenfalls auch durch einen modularen Ausbildungsgang nach dem Konzept Dual Plus eine individuelle Lebensperspektive durch einen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Die Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung im weitesten Sinne sollten durch die Bundesregierung besser koordiniert werden und diese müsse mehr Mittel hierfür in Absprache mit den Ländern bereitstellen.

Die Bundesregierung solle neben weiteren Forderungen insbesondere dazu aufgefordert werden,

- Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung im weitesten Sinne – also von der Berufsorientierung sowie das Nachholen des Schulabschlusses – zwischen den Bundesressorts stärker als bisher abzustimmen;

- die Arbeitsmarktpolitik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf die tatsächliche Vermittlung von Ausbildungsstellen auszurichten;
- bei der Finanzierung von Projekten und Programmen der Bundesministerien und der Bundesagentur für Arbeit vermehrt auf die lokalen Strukturen zu achten und diese zu fördern bzw. zu ergänzen;
- umfassende Maßnahmen der Sprachförderung zu ergreifen;
- eine Reform des Ausbildungssystems umzusetzen, um im Rahmen des Konzeptes „Dual Plus“ neue überbetriebliche Ausbildungsstätten als weitere Träger der Ausbildung aufzubauen und diese als Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung zu gestalten;
- eine frühe systematische Berufsorientierung in den Schulen zu verstärken;
- mehr Anreize für Weiterbildung zu schaffen und hierbei insbesondere das Meister-BAföG zu einem BAföG für Erwachsene zu erweitern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils in ihren Sitzungen am 28. März 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5489 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage – in Verbindung mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Berufsbildungsbericht 2011“ auf Drucksache 17/5400 – in seiner 71. Sitzung am 28. März 2012 beraten und empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5489 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erklärt, sie sei für die weitere Stärkung der dualen Ausbildung. Es müssten so viel betriebliche bzw. duale Ausbildungen wie möglich und so viele überbetriebliche und außerbetriebliche Maßnahmen wie nötig geschaffen werden. Ein wichtiger Punkt sei die Voranstellung der konkreten praktischen Ausbildung, um Flexibilität sicherzustellen, aber auch Integrationskraft für das spätere Arbeitsleben zu erzeugen. Dies sei auch ein Grund, warum Deutschland im europäischen Vergleich die geringste Jugendarbeitslosigkeit vorweise. Die integrative

Kraft der dualen Ausbildung spiegle sich für dieses Berichtsjahr darin wider, dass es mehr Stellen als Bewerber gegeben habe, seit 2008 ein Abbau der Altbewerber um 80 000 verzeichnet worden sei und sich 100 000 Jugendliche weniger im Übergangssystem befänden. Die Fraktion sehe aber durchaus, dass die derzeitige Situation in Bezug auf die Lage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht zufriedenstellend sei. Man müsse generell versuchen, die Integrations- und die Ausbildungsbemühungen, wie etwa im Ausbildungspakt bereits erfolgt, stärker zu vernetzen.

Es sei aber unbefriedigend, dass 1,48 Millionen Auszubildende bis 29 Jahre ohne Berufsabschluss blieben. Ziel sei es, die externen Prüfungen weiter zu verbessern, etwa mit Hilfe entsprechender praktischer Anleitung auch in den Unternehmen, damit diese externen Prüfungen von den Kammern zugelassen und die Ausbildungen damit erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Hierfür bräuchte man weitere Ideen und Maßnahmen; aber auch hiermit setze sich derzeit der Ausbildungspakt auseinander.

Ein weiterer von der Bundesregierung und der Koalition vorangetriebener Lösungsansatz sei es, die Bildungsketten wie eine Art Dach zu konzipieren, damit ein systematischer Übergang von der allgemeinen Bildung in die Berufsqualifizierung erreicht werden könne. Es solle frühzeitig eine Berufsorientierung stattfinden, die über einen Zeitraum von drei Jahren aufgebaut werde. Dies in Begleitung entsprechender Ausbildungsstellen bis zum ersten/zweiten Ausbildungsjahr, falls die Eltern oder auch die Ausbilder der Jugendlichen in diesem Zeitraum überfordert seien. Zudem sollten die Bildungsketten einen Baukasten schaffen, der möglichst autonom von den regionalen Arbeitsagenturen vor Ort und in den Schulen von den Akteuren genutzt werden könnte. Ziel sei es, für jeden Jugendlichen ein individuelles Angebot, eine gezielte ausbildungsbegleitende Förderung vor Ort bereitzustellen.

Wichtig sei auch, dass die duale Ausbildung stärker europäisch durchgesetzt werde. Vor diesem Hintergrund fände es die Fraktion skandalös, dass etwa in der europäischen Anerkennungsrichtlinie für den Bereich der Pflege die Zugangsberechtigung für die Ausbildung nur mit Abitur erreicht werden könne. Seine Fraktion halte demgegenüber die duale, die praktische Ausbildung für mindestens gleichwertig. Diese Gleichwertigkeit habe bereits im europäischen Qualifikationsrahmen durchgesetzt werden können – Bachelor auf der einen und Techniker oder Meister auf der anderen Seite.

Weiterhin sei positiv hervorzuheben, dass die Bundesregierung das pädagogisch betreute gemeinsame Wohnen von Jugendlichen wieder intensiv fördere und dadurch ein europäisches Bildungserlebnis in Deutschland erreicht werden könne.

Der Berufsbildungsbericht zeige, dass Deutschland auf einem sehr guten Weg sei, letztendlich zugunsten der Jugendlichen. Wesentlich hierfür sei zum einen die über Fraktionsgrenzen hinaus gemeinsam erarbeitete, 2005 in Kraft getretene Berufsbildungsreform. In diesem Zusammenhang müsse aber miteinander überlegt werden, wie zum einen die Neuordnung der Berufsbilder besser berücksichtigt werden könne; zum anderen müsse der Ausbildungspakt gleichfalls weiterentwickelt werden. Dies habe

die Bundesregierung etwa mit der Aufnahme der freien Berufe, der Beteiligung der Bundesländer und der Integrationsbeauftragten gezeigt.

Die **Fraktion der SPD** weist eingangs darauf hin, dass das Vorkrisenniveau von 2008 mit über 616 000 Verträgen noch nicht erreicht worden sei, obwohl sich die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten eineinhalb Jahren wesentlich besser dargestellt habe, als 2008/2009 auch in den Ausschussdiskussionen erwartet worden sei. Wenn man die Zahlen der Jugendlichen betrachte, die eine duale Ausbildung anstrebten, so läge deren Quote bei 68,4 Prozent; dies sei nicht ausreichend. Die SPD-Fraktion begrüße daher, dass man sich bei der heutigen Debatte nicht starr auf den detaillierten Bericht 2011 beschränke, sondern auch den Berufsbildungsbericht 2012, der zwar offiziell noch nicht beschlossen worden sei, dessen Zahlen aber bereits bekannt seien, mit diskutiere. Diese Zahlen sagten aus, dass trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung die Bereitschaft der Unternehmen, zusätzliche Ausbildung zu organisieren, zurückgegangen sei. Man teile nicht die Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass alle angemeldeten Unternehmen auch ausbildungsfähig seien. Wer sich die Statistik der Industrie- und Handelskammer ansehe, der werde feststellen, dass man einen relativ großen Teil gar nicht zur Ausbildung benötige. Dennoch bliebe eine große Anzahl von Unternehmen mit fünf bis achtzig Beschäftigten, die nicht regelmäßig ausbildeten. Die SPD-Fraktion vermisse bereits seit Jahren stärkere Initiativen, diese Unternehmen für die duale Ausbildung zu gewinnen. Es würde zwar immer berichtet, man habe 70 000 neue Ausbildungsplätze und 43 000 neue Ausbildungsbetriebe gewonnen, aber es werde nicht errechnet, wie viele zusätzliche Betriebe und Ausbildungsplätze auf den Weg gebracht worden seien.

In Bezug auf das Übergangssystem sei weniger mehr. Obwohl von den anderen Partnern in dem neuen Pakt versprochen worden sei, an das Problem heranzugehen, lägen bis heute keine Ergebnisse vor. Von Seiten der Bundesministerien bekomme man zumindest indirekt mitgeteilt, dass man sich bis heute nicht habe einigen können, welche Bereiche weiterlaufen sollten und ob eine Zusammenarbeit mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit (BA) erfolgen werde. Auch wenn man den EU-Bereich, etwa den ESF (Europäischer Sozialfonds) betrachte, dann müsse man feststellen, dass kaum etwas vorwärts gegangen sei.

Selbst wenn man sich freuen dürfe, dass sich 80 000 Auszubildende weniger im Übergangssystem befänden, wären die verbliebenen 300 000, selbst 200 000 oder auch nur 100 000 noch zu viel. Zudem habe man dort das Problem, dass die Jugendlichen häufig Karrierephasen mehrmals durchliefen. Dies sei nicht, wie von den Paktpartnern dargestellt, zielgerichtet. Das Problem läge zudem im Bereich der Fachkräfteentwicklung, da dort Gelder falsch angelegt würden. Es müssten mehr Einstiegsqualifizierungen für die wirklich bedürftigen Jugendlichen finanziert werden, dann wäre man auf einem besseren Weg.

Es werde auch darüber diskutiert, dass die Ausbildungsreife bei den jungen Leuten nicht immer gegeben sei. In diesem Zusammenhang sei aber bereits bekannt, dass immer dann, wenn zu viele Jugendliche eine Ausbildung wollten, die Unternehmen der Auffassung gewesen wären,

nicht alle hätten die entsprechende Ausbildungsreife. Wenn hingegen zu wenig existierten, erklärten sie, sie könnten nicht so viele Ausbildungsplätze anbieten, weil sich nicht genug ausbildungsfähige Jugendliche beworben hätten. Die damit verbundene Debatte werde schon seit langem geführt, sodass deren Nutzen letztendlich fraglich sei. Wenn Begriffe wie „Einfachberufe“, „theoriegeminderte Berufe“ oder „Berufe für Benachteiligte“ entstünden, so müsse man mittlerweile befürchten, dass Jugendliche schnell stigmatisiert würden. Man sage zwar „keine Ausbildung, kein Beruf“, aber gerade die Bezeichnungen wie „Einfachberufe“, „theoriegeminderte Berufe“ und „Berufe für Benachteiligte“ seien nun einmal mit einem Negativstempel versehen. Seine Fraktion wolle, dass Jugendliche möglichst umfassend und vernünftig ausgebildet würden. Es werde betont, dass es richtig sei, dass die Bundesregierung in der Vergangenheit – egal in welcher Koalition – die Frage der Berufsorientierung mit auf einen vernünftigen Weg gebracht habe und Maßnahmen in den Ausbildungsstätten der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern über das Bundesministerium für Bildung und Forschung mitfinanziert worden seien.

Des Weiteren befürworte man die Berufseinstiegsbegleiter für Jugendliche, die an der einen oder anderen Stelle Probleme hätten. Hierbei finde es die SPD-Fraktion aber kontraproduktiv, dass durch die Beschlüsse zur Arbeitsmarktreform eine 50-prozentige Kofinanzierung auf den Weg gebracht worden sei und es damit offensichtlich in einzelnen Regionen Probleme gebe. Besser wäre es gewesen, dieses arbeitsmarktpolitische Instrument der BA zu überlassen.

Zum Thema „Anerkennung und Wertigkeit des dualen Ausbildungssystems“ sei der CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich zuzustimmen. Zurzeit entwickle die EU-Kommission Vorschläge, ob nicht zumindest für die südlichen Länder der EU die duale Berufsausbildung auf den Weg gebracht werden könne, um die dortige hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Konsequenz daraus sei, dass man in die Diskussion um den Fiskalpakt, den Euro-Rettungsschirm (ESM) und ein Wirtschaftsprogramm für die notleidenden Länder der Europäischen Union die Forderung einbeziehe, dass ein Teil des Geldes auch zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Einrichtung eines dualen Ausbildungssystems bereit gestellt werden solle. Darüber hinaus müsse man überdenken, ob das im Pakt beschlossene „EQ Plus“ der richtige Ansatz sei. Bei 1,5 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss wäre nach Ansicht seiner Fraktion ein durchgreifendes Konzept erforderlich.

Abschließend sei festzustellen, es gebe auch Betriebe, die nicht die nötige Ausbildungsqualität hätten. Demzufolge wäre es sinnvoll, die zuständigen Stellen nicht nur zu ermuntern, sondern zu verpflichten, auch hier mit Hilfe der örtlichen Berufsbildungsausschüsse die Qualität stärker in den Mittelpunkt zu rücken, was etwa bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes gemeinsam erreicht worden sei.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass jeder unversorgte Bewerber einer zu viel sei. Doch müsse man auch die positive Entwicklung in ihrer Gesamtheit betrachten. Darüber hinaus wolle man noch einmal hervorheben, dass der Bewerberrückgang demografisch bedingt sei. Erfreulich sei

aber, dass die Zahlen der Ausbildungsverträge wieder stiegen. Zudem sei sowohl eine Verringerung der Anzahl der Altbewerber als auch der junger Menschen im Übergangssystem zu verzeichnen. Und die Bundesregierung investiere zudem jährlich 40 Mio. Euro in die überbetrieblichen Bildungsstätten.

Die FDP-Fraktion wisse, dass man vor folgenden Herausforderungen stehe: Eine strukturelle Verbesserung der Durchlässigkeit in der dualen Ausbildung, eine bessere Verzahnung von Aus- und Weiterbildung sowie die Steigerung der Attraktivität und der Flexibilität der Berufsbilder. Auch müsse die berufliche Weiterbildung ausgebaut werden, gerade vor dem Hintergrund einer Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Man sei bemüht, etwas gegen den Bewerbermangel, den Fachkräftemangel aber auch für die unversorgten Bewerber zu tun.

Man wolle zudem die ganze Aufmerksamkeit auf die Bildungsketten lenken. Der Ausbildungspakt sei bis 2014 verlängert worden, man werde versuchen, den Fachkräftemangel auch dadurch in den Griff zu bekommen, dass die Hürden für hochqualifizierte Ausländer gesenkt würden. Die Imagekampagne „Berufliche Bildung praktisch und stark“ sei bereits angesprochen worden. Insoweit könne man in diesem Bericht durchaus berechtigten Optimismus erkennen.

An die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet sei auszuführen, dass, wenn man von den 22,5 Prozent der Betriebe spreche, die ausbildeten, man auch hier die Relation beachten müsse; denn es existierten durchaus viele Betriebe, die ausbildungsberechtigt seien. Die Zahl aller ausbildenden und ausbildungsberechtigten Betriebe liege bei über 70 Prozent, und die Zahl derer, die ausbildeten, sei nur geringfügig um ca. 1 Prozent zurückgegangen. Keine Bundesregierung habe jemals so viel in Bildung und Forschung investiert wie die gegenwärtige; dies könne man anhand der getroffenen Maßnahmen, der bereits erzielten Erfolge und des Berufsbildungsberichts nachvollziehen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt aus, sie sei gegenüber den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP der Auffassung, man müsse den realen Zahlen ins Auge blicken und die tatsächlichen Probleme erkennen, um sie dann konstruktiv zu lösen. Hierzu seien alle Oppositionsfraktionen nicht nur bemüht, sondern auch in der Lage.

In Bremen würden nur 40 Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges, die eine Ausbildungsstelle wollten, eine solche bekommen. Insgesamt erhalte jeder dritte Jugendliche, der interessiert und fähig sei, keine Ausbildungsstelle. Zudem befänden sich immer noch 320 000 Menschen in dem Übergangssystem und fast 1,5 Millionen Bundesbürger zwischen 20 und 29 Jahren hätten keine Berufsausbildung; in diesen Bereichen habe es keine Verbesserung gegeben.

Zu fragen sei, welche Verbindlichkeit der Ausbildungspakt habe, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Bezug auf die Ausbildungsstellen noch nicht einmal das Niveau von 2008 erreicht worden sei. Gegenwärtig sei man nicht dabei, wesentliche Probleme konzeptionell durchzustrukturieren. In diesem Zusammenhang werde die Frage an die Bundesregierung gestellt, welche verlässlichen Zahlen zusätzlicher Ausbildungsstellen man erreichen und welche Verbindlichkeit man herstellen wolle.

Ein großes Problem betreffe die jungen Menschen mit Migrationshintergrund, von denen mehr als zwei Drittel keine Ausbildungsstelle erhielten. Darunter seien viele mit guten Realschulabschlüssen, die deshalb keine Ausbildungsstelle erhielten, weil sie einen türkischen, kurdischen oder arabischen Hintergrund hätten. Hier müsse man Brücken bauen. Die heutige Wirtschaftsministerin von Berlin habe einmal gesagt, dass die Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenfalls eine gute Ausbildung machten. Dies treffe zwar zu, aber es gelinge eben nicht vielen, in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen. Bei diesem Problem werde erwartet, dass auch die Bundesregierung tätig werde, zumal sich in den letzten Jahren außer einer besseren schulischen Qualifikation dieser jungen Menschen nichts entwickelt habe. Zu fragen sei somit, wie die Bundesregierung dies in Angriff nehmen wolle.

Ein weiteres Problem seien die 1,5 Millionen jungen Menschen ohne Berufsausbildung. In diesem Zusammenhang lägen keine klaren Strukturen oder Pläne der Bundesregierung vor. Die CDU/CSU-Fraktion habe eine Integration durch externe Prüfungen vorgeschlagen. Wenn man sich einen Bereich ansehe, in dem ein Fachkräftemangel bestehe, etwa bei den Altenpflegerinnen, könnte man es durchaus so machen. Die Bundesregierung habe aber gerade beschlossen, das dritte Ausbildungsjahr durch Dritte, zunächst einmal die Länder, finanzieren zu lassen. Und in den Ländern, die dafür kein Geld hätten, bedeute dies dann eine Privatfinanzierung. Wenn man dann auch noch berücksichtige, dass nach einer dreijährigen Ausbildung der Verdienst zwischen 800 und 900 Euro netto liege, dränge sich die Frage auf, warum die Bundesregierung so gehandelt habe.

Zudem existiere in einigen Regionen und in einigen Branchen ein Fachkräftemangel; betroffen seien insbesondere Bäckereien, Fleischereien sowie der Hotel- und Gastronomiebereich. Das seien genau die Branchen, die bei der Qualität der Ausbildung etwa durch eine Abbrecherquote von bis zu 47 Prozent „glänzten“. Nach Aussage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) gebe es hier eine Übernahmerate von 14 Prozent, der Bereich der Systemgastronomie sei im Berufsbildungsbericht demgegenüber mit 37 Prozent ausgewiesen.

Viele Überstunden sowie eine geringe Ausbildungsvergütung hätten zur Folge, dass in diesen Branchen eine schlechte Bezahlung, aber auch schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschten. Wenn man an einen jungen Menschen in Bremen denke, der zu den 60 Prozent gehöre und keine Ausbildungsstelle bekommen habe und der dann nach Mecklenburg-Vorpommern ginge, um Hotelkaufmann zu lernen, bedeute dies, er habe dort weniger als 300 Euro zur Verfügung. Zudem hätte er am Wochenende keine Zeit und auch keine sozialen Kontakte. In diesem Zusammenhang werde gefragt, was die Bundesregierung tatsächlich tue, um die Mobilität solcher Menschen so zu unterstützen, dass sie sich dort auch ein Leben aufbauen könnten.

Abschließend sei zu den Bildungsketten und den Berufseinstiegsbegleitern auszuführen, dass die Berufseinstiegsbegleitung eine individuelle Förderung gewährleisten solle, um damit Übergänge besser bewerkstelligen zu könnten. Die Fraktion DIE LINKE. wolle von daher wissen, warum 50 Prozent der Finanzierung auf die Länder abgeschoben

worden sei. Zudem habe die Fraktion gehört, dass die Bildungsketten auf drei Jahre ausgelegt würden. Die Berufseinstiegsbegleiter hingegen würden aber nur für zwei Jahre zu 50 Prozent gefördert. An die CDU/CSU-Fraktion gerichtet, wird erläutert, dass dies auch dem Inhalt der kleinen Anfrage an die Bundesregierung entsprochen habe. Es würden also innerhalb der Bildungsketten zwei Jahre plus ein Jahr in der Ausbildung gefördert. Wenn die Bundesregierung schon drei Jahre in der Schule fördern wolle, stelle sich die Frage, wie das Ganze funktionieren könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass die berufliche Bildung ein zentraler Grund dafür sei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nur halb so hoch wie im übrigen Europa sei. Dessen ungeachtet müsse man sich mit den gegenwärtig bestehenden Problemen im beruflichen Ausbildungssystem auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, dass die Ausbildungspolitik aktiv gestaltet werde; reine Beobachtungen des demografischen Wandels würden ebenso wenig ausreichen wie der Einsatz des Instruments „Ausbildungspakt“ von Seiten der Regierung.

Man fände es alarmierend, dass man dem Berufsbildungsbericht 2012 trotz guter Konjunktur einen weiteren Rückgang der ausbildenden Betriebe entnehmen könne. Wenn nur 22,5 Prozent aller Betriebe ausbildeten, müsse das thematisiert werden, denn das bedeute auch, dass 77,5 Prozent sich ihrer Ausbildungsverantwortung entzögen. Man sei deshalb der Auffassung, es müsse auch mit Wirtschaft, Arbeitgeberverbänden, Kammern sowie Gewerkschaften über diese Thematik diskutiert werden, insbesondere auch darüber, dass der Fachkräftemangel zum Teil selbstverschuldet sei. Es müsse zudem geklärt werden, wie man kleinen Unternehmen ermöglichen könnte, an der Fachkräfteausbildung zu partizipieren. Man sei daran interessiert, inwieweit das Thema „Null Prozent Ausbildungsbetriebe“ bereits von der Bundesregierung diskutiert werde.

In Bezug auf den Berufsbildungsbericht 2011 sei hervorzuheben, dass die Zahl der ausbildungsinteressierten Schulabgänger in einzelnen Regionen besonders stark zurückgegangen sei, etwa in Ostdeutschland. Dies verstärke die regionalen Disparitäten, und in bestimmten Branchen fehlten zudem interessierte geeignete Auszubildende. Für die deutsche Volkswirtschaft sei es aber wichtig, das vorhandene Ausbildungspotential auch tatsächlich zu nutzen; so blieben etwa die Potenziale der erwerbsfähigen SGB-II-Bezieher sowie der Bewerber mit ausländischer Staatsangehörigkeit völlig ungenutzt. Darüber hinaus sei es „bizar“, dass 2010 noch 185 000 Altbewerberinnen und Altbewerber existierten und sich 320 000 Jugendliche in perspektivlosen Warteschleifen des Übergangssektors befunden hätten. Ziel müsse es sein, diese betroffenen Jugendlichen aus dem „Warteschleifendschungel“ hin zu tatsächlichen Ausbildungsperspektiven zu führen. Das derzeitige System sei ineffizient und teuer, in dieses flössen mindestens 4 Mrd. Euro, ohne dass überzeugende Bildungseffekte für die Jugendlichen erreicht würden. Zudem vermisse man echte Reformanstöße seitens der Bundesregierung. Es sei zu fragen, wie der Übergangssektor umgestaltet werden könne, damit echte Ausbildungschancen entstünden und ob man damit noch in dieser Legislaturperiode rechnen könne.

Weiterhin stelle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anhand des letzten Berichts fest, dass die Chancen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen Ausbildungsplatz nach wie vor nur halb so hoch seien wie für diejenigen ohne einen solchen. Dies sei auch im Hinblick darauf, dass sich dies 2012 voraussichtlich nicht ändern werde, nicht hinnehmbar, insbesondere angesichts der Realität der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland. Vor diesem Hintergrund werde die Frage an die Bundesregierung gerichtet, ob im Rahmen des Ausbildungspaktes gezielt für diese Zielgruppen Angebote entwickelt würden.

Im „Handelsblatt“ habe die Bundesministerin für Bildung und Forschung angekündigt, die Berufseinstiegsbegleitung gesetzlich zu verankern. Es interessiere dabei, welche Evaluationsergebnisse die Bundesregierung hierzu veranlasse und welches Qualifikationsniveau diese „Bildungslotsen“ hätten. Die Aufgabenliste der Bundesregierung sei lang: Es müssten mehr Betriebe Ausbildungsplätze bereitstellen, die Zahlen der unversorgten Jugendlichen, der jungen Menschen ohne Berufsabschluss und der Ausbildungsabbrecher (22 Prozent) müssten gesenkt werden.

In diesem Zusammenhang könne man sich als Gesetzgeber an den bereits erfolgreich durchgeführten Modellen orientieren, etwa das „Hamburger Modell“. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe das Modell „Dual Plus“ vorgeschlagen, in dem der Übergangssektor in mehrere Ausbildungsbausteine aufgeteilt werde, damit es sowohl transparenter als auch anschlussfähiger werde. Dazu gehöre auch, duale Ausbildung verstärkt in überbetrieblichen Ausbildungsstätten anzubieten. Dies könne insbesondere für kleine Dienstleistungsbetriebe, Betriebe ohne Ausbildungstradition und in strukturschwachen Regionen eine sinnvolle Ergänzung zum derzeit vorhandenen System darstellen. Man wolle die Bundesregierung motivieren, hierüber nachzudenken.

Die **Bundesregierung** bedankt sich zunächst dafür, dass die duale Ausbildung grundsätzlich sehr positiv aufgenommen worden sei. Es treffe zu, dass momentan ein großes Interesse auf europäischer Ebene bestehe, dieses Erfolgsmodell auch in Europa zu übernehmen. Die Bundesregierung habe im letzten europäischen Rat der Bildungsminister einen Vortrag über die Mechanismen der dualen Ausbildung gehalten. Zudem habe man von vielen Ländern Anfragen erhalten, ob nicht bei der Implementation solcher Systeme geholfen werden könne. Wenn man sich die positiven Zahlen in dem Bildungsbericht anschauere, könne man sich durchaus zunächst einmal freuen, bevor man beginne, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen.

Die Bundesregierung denke, man müsse sich auch einig sein, dass die von den Fraktionen genannten Probleme existierten. Es sei auch nicht so, dass die komplette Abteilung III des Ministeriums für Bildung und Forschung, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und weitere Institutionen den ganzen Tag nichts machten, sondern im Grunde genommen gebe es bereits passgenaue Programme für alle genannten Probleme.

Zu der Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend der Ausbildungsproblematik bei Migranten sei festzustellen, dass sich damit das Programm „JOBSTARTER“ beschäftigen. Es versuche, Jugendlichen mit schlechtem Schulabschluss zu einem Ausbildungsverhältnis zu verhel-

fen. Darüber hinaus beinhalte es ein Sonderprogramm für junge Migranten. Dadurch habe man gerade erst 50 Unternehmer in Berlin mit arabischer Herkunft begrüßen können, die nun erstmalig ausgebildeten. Durch dieses Programm würden also zum einen neue Arbeitsplätze für Problemgruppen geschaffen, und zum anderen könnten Betriebe motiviert werden, erstmalig auszubilden.

Des Weiteren sei das Instrument „Perspektive Berufsabschluss“ entwickelt worden. Hierbei gehe es darum, die Altbewerber, die keinen Abschluss hätten, auf dem Ausbildungsmarkt unterzubringen.

Das dritte System – die bereits bekannten Bildungsketten – versuche, den Übergang von der Schule in den Beruf ohne diese Umwege zu organisieren. Die Berufseinstiegsbegleiter würden nach wie vor zu 100 Prozent finanziert. Die Berufseinstiegsbegleiter gehörten zu einer Regelleistung der BA, mit der Folge, dass diese mit einem gesetzlichen Anspruch verbunden seien. Nachteilig sei aber, dass sie als solche automatisch in die Bund-Länder-Finanzierung falle.

In Bezug auf die Evaluationsergebnisse wird von der Bundesregierung dargelegt, dass die Berufseinstiegsbegleiter erst seit über einem Jahr arbeiteten, sodass kein klassischer Evaluationsbericht erfolgen könne. In diesem Zusammenhang hätten aber bereits zwei Konferenzen stattgefunden, bei denen sämtliche Berufseinstiegsbegleiter eingeladen und zu den bestehenden Problemen befragt worden seien. Grundsätzlich habe man positive Rückmeldungen erhalten. Die größten Probleme lägen zum einen im atmosphärischen Bereich; denn einige Schulleiter hätten Angst, dass ihre Schule als Problemschule gebrandmarkt und der Zugang zu ihrem Klientel erschwert werden könne. Darüber hinaus bestehe ein Problem darin, dass sich die Berufseinstiegsbegleiter wünschten, für eine kleinere Gruppe zuständig zu sein. Die Bundesregierung sei der Auffassung, dass die Bereitstellung von mehr Berufseinstiegsbegleitern kein Problem darstellen dürfte.

In dem Ausbildungspakt habe die Bundesregierung den Rückgang der Zahl der Ausbildungsbetriebe nicht diskutiert, weil der anstehende Berufsbildungsbericht 2012 dort nicht Thema gewesen sei. In dem Pakt selber würden momentan im Wesentlichen zwei Punkte diskutiert: Zum einen werde versucht, die Ausbildungsberichterstattung trennschärfer zu machen, weil die Zahlen, dass mehr offene Stellen als Bewerber existierten, die Frage aufwerfe, wieso keine Deckungsgleichheit erreicht werde. Die Zahlen an sich würden bei der Steuerung aber nicht mehr weiter helfen. Demzufolge arbeite das BIBB intensiv an einer integrierten Ausbildungsberichterstattung, bei der über Regionalitäten und Qualifikationen präzisere Zahlen erreicht werden könnten, die das Problem statistisch besser offenlegten. Zum anderen werde darüber diskutiert, dass der duale Ausbildungsplatz Vorrang vor allen außerschulischen und überbetrieblichen Maßnahmen habe, weil er wesentlich erfolgreicher sei. Wenn man nicht mehr einen absoluten Mangel an Ausbildungsplätzen hätte, würde die derzeitige intensive Diskussion im Pakt zu der Frage führen, was man Sinnvolles tun könnte; und was vor allem die Unternehmen in ihrer Eigenverantwortung machen könnten, um gerade auch im Betrieb den Jugendlichen eine Chance zu geben. An vielen Stellen habe man sehen können, dass, wenn man den Jugendlichen diese Chance ermögliche, sich diese wesentlich

positiver entwickelt hätten, als wenn man ihnen allein einen unmittelbaren Zugang zu Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt hätte. Dies sei derzeit das zweite große Thema im Pakt.

Die Bundesregierung präsentiert die überwiegend positiven Ergebnisse des Berufsbildungsberichts 2011 für das Ausbildungsjahr 2009/2010. Zum einen sei die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen deutlich höher als im letzten Berufsbildungsbericht prognostiziert worden sei. Es hätten tatsächlich 579 678 Ausbildungsangebote geschaffen werden können und nicht nur 563 000. Zum anderen habe sich nicht nur das zahlenmäßige Angebot verbessert, sondern es seien tatsächlich mehr betriebliche Ausbildungsverträge als im Vorjahr geschlossen worden, nämlich 529 030 gegenüber 518 506.

Korrespondierend mit dieser positiven Entwicklung sei es auch gelungen, die Zahl der Altbewerber um knapp 30 Prozent zu verringern und zwar von 262 817 auf 184 745. Darüber hinaus hätte auch die Zahl der Menschen im Übergangssystem reduziert werden können; in dieses seien in den letzten fünf Jahren rund 94 000 bzw. 22,5 Prozent weniger eingetreten, allein im Berichtsjahr konnte ein Rückgang um

7 Prozent (24 500 Personen) verzeichnet werden. Zudem wäre zum Ende des Ausbildungsjahres die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten unbesetzten Ausbildungsplätze höher als die Zahl der unversorgten Bewerber: 19 600 offene Stellen gegenüber 12 200 unversorgten Bewerbern.

Die Bundesregierung schätze die Zunahme der Studierneigung insbesondere deshalb als problematisch ein, weil die Schaffung zusätzlicher Studienplätze dazu geführt habe, dass vor allem Betriebe, die hochwertige Ausbildungsplätze anböten, befürchteten, ihnen würden die schulisch besser qualifizierten Bewerber fehlen. Deshalb habe die Bundesregierung mit allen Sozialpartnern im Ausbildungspakt beschlossen, die Kampagne „Praktisch unschlagbar“ aufzulegen, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert werde. Dort werde auf die hervorragenden Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten in der dualen Ausbildung, gerade bei den komplexeren Berufen, hingewiesen. Ziel sei, den Ausbildungsbedarf der betroffenen Unternehmen zu decken. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass auch für die Ausbildungsjahre nach 2009/2010 eine positive Bilanz gezogen werden könne.

Berlin, den 28. März 2012

Uwe Schummer
Berichterstatler

Willi Brase
Berichterstatler

Heiner Kamp
Berichterstatler

Agnes Alpers
Berichterstatlerin

Kai Gehring
Berichterstatler

